

STARKE KOMMUNEN

Wir schaffen Gestaltungsspielräume

Gesagt ✓
Getan ✓
Gerecht ✓



WAS LEISTET MEINE KOMMUNE?

Bessere Schulen, intakte Straßen, eine gute Kinderbetreuung und schnelle Internetverbindungen – wir erwarten eine hohe Lebensqualität in unserem direkten Lebensumfeld. Viele Städte und Gemeinden sehen sich aber nicht mehr imstande, diese Aufgaben zu erfüllen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2013 im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die Kommunen in dieser Legislaturperiode deutlich finanziell entlastet und ihre Handlungsspielräume erhöht werden. Eine Reihe von Maßnahmen haben wir bereits im ersten Regierungsjahr beschlossen.



Der Bund unterstützt die Kommunen bei den Kita-Betriebskosten.

KOMMUNEN BRAUCHEN MEHR UNTERSTÜTZUNG

Obwohl die Kommunen insgesamt Steuern in Rekordhöhe einnehmen, steht vielen das Wasser bis zum Hals.

Seit Jahren wächst der kommunale Schuldenberg. Allein um ihre laufenden Ausgaben zu decken, haben die Kommunen 2013 rund 48 Milliarden Euro Kassenkredite aufgenommen. Ebenso ungebrochen steigen die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen – 47 Milliarden Euro waren es 2013. Demgegenüber investierten die Kommunen 2013 lediglich rund 20 Milliarden Euro.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann stellt klar: „Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat die Zukunftsfähigkeit der Kommunen einen besonders hohen Stellenwert.“

Nicht allen Kommunen geht es schlecht. Aber die Schere zwischen den finanzstarken und finanzschwachen Kommunen öffnet sich weiter. Wir wollen diese Schere schließen. Wir wollen verhindern, dass Regionen veröden und neue soziale Brennpunkte entstehen, in denen Kriminalität und Menschenfeindlichkeit gedeihen, weil soziale Kälte herrscht.

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland ist ein Auftrag des Grundgesetzes, den wir erfüllen wollen. Es soll nicht alles überall gleich sein, vielmehr sollen die Menschen gleiche Chancen bekommen, ihre Lebensziele zu verwirklichen. Dazu gehören Mindeststandards der Daseinsvorsorge.

Die Bundestagsfraktion der SPD sorgt dafür, dass den Kommunen neue Spielräume eröffnet werden.

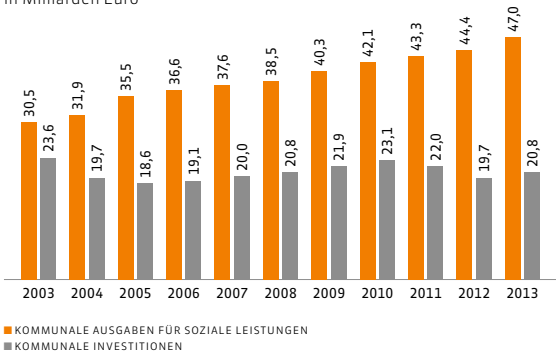
SO ÖFFNEN WIR SPIELRÄUME

Zur Unterstützung der Kommunen haben wir bereits folgende Entlastungen beschlossen:

- Die 100-prozentige Übernahme der Kosten für die Grundsicherung durch den Bund von 2014 an. Allein im Jahr 2014 belief sich die Entlastung dadurch auf 1,6

Kommunale Ausgaben für soziale Leistungen und kommunale Investitionen*

in Milliarden Euro



* Ohne Stadtstaaten

Quelle: Statistisches Bundesamt, Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Milliarden Euro, die zusätzlich vom Bund übernommen wurden. In der gesamten Legislaturperiode werden es rund 25 Milliarden Euro sein.

- 1 Milliarde Euro jährlich von 2015 bis 2017. Die Koalition hat vereinbart, dass die Kommunen ab 2018 jährlich um 5 Milliarden Euro entlastet werden. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, diese Entlastung schrittweise aufzubauen. 2015 und 2016 fließen jeweils 1 Milliarde Euro zusätzlich an die Kommunen, je zur Hälfte über eine erhöhte Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und über einen erhöhten Umsatzsteueranteil. Auf Druck der SPD wurde die Entlastung 2017 bereits auf 2,5 Milliarden Euro erhöht.
- Aufstockung des Sondervermögens „Kinderbetreuungs- und Kindertagesausbau“ um 550 Millionen Euro (2016-2018). Diese Entlastung ist Teil der im Koalitionsvertrag vereinbarten 6 Milliarden Euro, mit denen der Bund die Länder im Bildungsbereich unterstützt. Damit können die Länder ihre Aufgaben bei der Finanzierung von Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen.

- Jeweils 100 Millionen Euro für Kita-Betriebskosten erhalten die Länder über die Umsatzsteuer 2017 und 2018. Diese Mittel sind ein weiterer Teil des 6-Milliarden-Pakets.
- Vollständige Übernahme des BAföG durch den Bund. Das ist der letzte Teil des 6-Milliarden-Pakets. Den Ländern öffnen sich dadurch Spielräume im Volumen von 1,17 Milliarden Euro jährlich – etwa um Schulsozialarbeit fortzuführen.
- Eine Erhöhung der Städtebauförderung von 455 auf 700 Millionen Euro jährlich. Für diese Erhöhung haben wir jahrelang gekämpft. Seit 2014 ist sie Realität.
- Je 500 Millionen Euro bringen Bund und Länder für die Unterbringung von Flüchtlingen 2015 und 2016 auf. Dafür erhöhen wir den Länderanteil an der Umsatzsteuer. Die Bundesländer haben zugesagt, das Geld an die Kommunen weiterzugeben.
- 25 Millionen Euro Soforthilfe haben wir 2014 aufgrund des aktuellen Anstiegs der Zuwanderungs-

Kommunen bekommen zukünftig mehr Geld für den Straßenbau.



zahlen für Kommunen bereitgestellt, die besonders von Armutszuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind.

- 40 Millionen Euro jährlich schlagen bei den Kommunen durch Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes als Entlastung zu Buche. Die Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme werden verbessert, wodurch die Betroffenen leichter selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.
- 25 Millionen Euro jährlich trägt der Bund bei der Unterbringung von Flüchtlingen, indem er den Kommunen bundeseigene Immobilien mietfrei überlässt.

DAS PLANEN WIR

NEUORDNUNG DER BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN

Der Länderfinanzausgleich, der Solidarpakt und das Entflechtungsgesetz laufen 2019 aus. Von 2020 an gilt die Schuldenbremse für die Länder. Vor diesem Hintergrund sollen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu geregelt werden. Das betrifft auch die Kommunen.

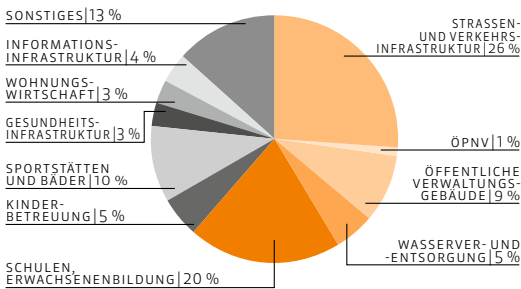
Unsere Ziele sind:

- Jede Ebene muss die Mittel bekommen, die sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht. Deshalb muss die finanzielle Basis der finanzschwachen Kommunen gestärkt werden.
- Hilfen muss es nach Bedürftigkeit, nicht nach Himmelsrichtung geben. Es muss einen solidarischen Ausgleich zwischen Kommunen geben.
- Die Investitionskraft der Kommunen muss gestärkt werden.
- Bei gesamtstaatlichen Aufgaben soll eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen ermöglicht werden.

Investitionsrückstand

Hochrechnungen für Städte, Gemeinden und Landkreise

in Prozent



INSGESAMT 118 MILLIARDEN EURO

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

REFORM DER EINGLIEDERUNGSHILFE

In Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, die sogenannte Eingliederungshilfe zu reformieren. Ihr Ziel ist es, Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen besser in die Gesellschaft zu integrieren. Das Teilhaberecht muss angesichts der Anforderungen an eine inklusive Gesellschaft modernisiert werden. Auf den dafür notwendigen Kosten dürfen die Kommunen jedoch nicht sitzen bleiben. Schon jetzt sind die Ausgaben für die Eingliederungshilfe die am stärksten wachsende Sozialausgabe der Kommunen. Wir haben vereinbart, die Kommunen ab dem Jahr 2018 um 5 Milliarden Euro jährlich zu entlasten. Das nützt den Kommunen allerdings wenig, wenn wir durch gesetzliche Maßnahmen parallel neue Kostensteigerungen vereinbaren. Deshalb wird sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür stark machen, dass wir ein modernes Eingliederungsgesetz erarbeiten, das jedoch eine neue Kostendynamik für die Kommunen verhindert. Denn Eingliederung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR

In vielen Regionen verfällt die Infrastruktur – gesperrte Brücken, sanierungsbedürftige Schulen, kaputte Straßen. Zudem gibt es noch viele weiße Flecken bei der Breitbandversorgung. Das nervt nicht nur Bürgerinnen und Bürger im Alltag, sondern beeinträchtigt auch den Wirtschaftsstandort Deutschland. Im Koalitionsvertrag sind unter anderem 5 Milliarden Euro zusätzlich für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur eingeplant.

Darüber hinaus hat die Koalition ein Investitionsprogramm von 15 Milliarden Euro beschlossen. Neben zusätzlichen Mitteln für Infrastruktur und Energieeffizienz wird ein kommunaler Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro eingerichtet. “Damit werden speziell finanzschwache Kommunen gefördert”, betont der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup.

Die SPD-Bundestagsfraktion hält Wort und entlastet die Kommunen nachhaltig bei den Sozialausgaben, während die Investitionskraft gleichzeitig durch ein gezieltes Programm gestärkt wird.

Gesagt. Getan. Gerecht.

SPDFRAKTION.DE

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTS-
FÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT | REDAKTION HANNA GOELZ, ALEXANDER LINDEN
HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITS-
ARBEIT

© **FOTOS** KL AUS VYHNALEK (TITEL), ISTOCK.COM/DIEGO_CERVO
(S. 1), BILDERBOX.COM (S. 4)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.